

01.26

ZfC

Zeitschrift für Compliance

15. Jahrgang
April 2026
Seiten 1–14

www.ZfCdigital.de

Redaktion:

ESV-Redaktion COMPLIANCEDigital

Das News-Magazin von COMPLIANCEDigital

AI Act: Pflichten gelten, Aufsicht noch im Aufbau +++ AI Security 2026: Mehr Struktur, aber noch keine belastbare Routine +++ EU-Entgelttransparenzrichtlinie: Was Unternehmen jetzt konkret vorbereiten sollten +++ Maßnahmen zur Stabilisierung der Ölpreise – Handlungsoptionen für Unternehmen +++ IIA führt neue Prüfanforderungen für Verhalten und Unternehmenskultur ein +++ IDW legt Entwurf für Standard zur Erstellung von Nachhaltigkeitsinformationen vor +++ Zölle und Unsicherheit bremsen Mittelstand im USA-Geschäft +++ Wachstumsoptimismus bei CFOs weltweit – auch die Risikowahrnehmung steigt +++ Homeoffice-Studien zeigen neue Freiheiten – ohne Einbußen beim Wohlbefinden +++ Mehr Unternehmerinnen im Mittelstand – doch Frauen in Führung bleiben die Ausnahme +++ Chefjuristen sitzen immer häufiger mit am Vorstandstisch +++ Arbeitsmarkt: Fürsorgeverantwortung verstärkt Unterschiede zwischen Frauen und Männern +++ Jeder siebte Mittelständler spürt stärkeren Preisdruck aus China +++ Zwischen Produktivität und Jobrisiko: Was der KI-Boom für die Wirtschaft bedeutet +++ Wie geopolitische Spannungen Handel und Industrie neu ordnen +++ Mittelstand entdeckt KI: Nutzung vervielfacht – Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft +++ Risikomanagement neu gedacht: Mit KI vom Reagieren zum Steuern +++ IKT-Drittparteiemanagement unter DORA: Prüfungsanforderungen für die Interne Revision +++ Homeoffice ist produktiver – bis zu einem Kipp-Punkt +++ Eigener Wunsch dominiert, auch Betreuung und Weiterbildung im Fokus +++ Neue Regeln für den Schutz kritischer Infrastrukturen in Deutschland +++ Daten-Governance-Gesetz: Sachverständige sehen Nachbesserungsbedarf +++ Wie Organisationen ihre Compliance-Funktion zukunftsfest aufstellen +++ Wirtschaftsausblick 2026/27: Was für Beratung und Unternehmenspraxis zählt +++ Cloud-Lösungen: Mehr Flexibilität, hohe Anforderungen an den Datenschutz +++ Cyber bleibt größtes Geschäftsrisiko – KI rückt auf Platz zwei vor +++ BSI startet zentrales Meldeportal für IT-Sicherheitsvorfälle +++ Regionale Klimarisiken als Standortfaktor +++ Die neue Risiko-Realität – Geopolitik, KI und Klima im Stresstest +++ Von Einzelrisiken zu systemischer Resilienz +++ Unternehmen setzen auf Sicherheit statt Tempo +++ Strengere Kreditbedingungen und neue ESG-Anforderungen +++ Mit KI und modernen Tools zu wirksameren Untersuchungen

Inhalt & Impressum

<p>AI Act: Pflichten gelten, Aufsicht noch im Aufbau Nachricht vom 30.03.2026 3</p>	<p>IDW legt Entwurf für Standard zur Erstellung von Nachhaltigkeitsinformationen vor Nachricht vom 16.03.2026 5</p>	<p>Chefjuristen sitzen immer häufiger mit am Vorstandstisch Nachricht vom 06.03.2026 6</p>
<p>AI Security 2026: Mehr Struktur, aber noch keine belastbare Routine Nachricht vom 30.03.2026 3</p>	<p>Zölle und Unsicherheit bremsen Mittelstand im USA-Geschäft Nachricht vom 16.03.2026 5</p>	<p>Arbeitsmarkt: Fürsorgeverantwortung verstärkt Unterschiede zwischen Frauen und Männern Nachricht vom 26.02.2026 7</p>
<p>EU-Entgelttransparenzrichtlinie: Was Unternehmen jetzt konkret vorbereiten sollten Nachricht vom 24.03.2026 4</p>	<p>Wachstumsoptimismus bei CFOs weltweit – auch die Risikowahrnehmung steigt Nachricht vom 10.03.2026 5</p>	<p>Jeder siebte Mittelständler spürt stärkeren Preisdruck aus China Nachricht vom 26.02.2026 7</p>
<p>Maßnahmen zur Stabilisierung der Ölpreise – Handlungsoptionen für Unternehmen Nachricht vom 20.03.2026 4</p>	<p>Homeoffice-Studien zeigen neue Freiheiten – ohne Einbußen beim Wohlbefinden Nachricht vom 09.03.2026 6</p>	<p>Zwischen Produktivität und Jobrisiko: Was der KI-Boom für die Wirtschaft bedeutet Nachricht vom 18.02.2026 7</p>
<p>IIA führt neue Prüfanforderungen für Verhalten und Unternehmenskultur ein Nachricht vom 18.03.2026 5</p>	<p>Mehr Unternehmerinnen im Mittelstand – doch Frauen in Führung bleiben die Ausnahme Nachricht vom 09.03.2026 6</p>	<p>Wie geopolitische Spannungen Handel und Industrie neu ordnen Nachricht vom 16.02.2026 8</p>

ZfC
Zeitschrift für Compliance
Das News-Magazin von COMPLIANCEDigital

Jahrgang: 15. (2026)

Erscheinungsweise:
4-mal jährlich; www.COMPLIANCEDigital.de

Redaktion:
Wolfhart Fabarius

Verlag:
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-0, Telefax (0 30) 25 00 85-305
E-Mail: ESV@ESVmedien.de
Internet: www.ESV.info

Vertrieb:
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Posthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Postfach 30 42 40, 10724 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-229, Telefax (0 30) 25 00 85-275
E-Mail: Abo-Vertrieb@ESVmedien.de

Konto: Deutsche Bank AG,
Konto-Nr. 51 220 31 01 (BLZ 100 708 48)
IBAN DE31 1007 0848 0512 2031 01
BIC(SWIFT) DEUTDE33

Bezugsbedingungen:
Open Access eJournal auf der Datenbank
COMPLIANCEDigital.de

Rechtliche Hinweise:
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. – Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift geben ausschließlich die Meinung der Redaktion, Verfasser, Referenten, Rezensenten usw. wieder. – Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Markenzeichen- und Markenschutzgesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von allen benutzt werden dürften.

Nutzung von Rezensionstexten:
Es gelten die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e. V. zur Verwendung von Buchrezensionen.
<http://agb.ESV.info/>

Zitierweise: ZfC, Ausgabe/Jahr, Seite

ISSN: 2195-7231

Mittelstand entdeckt KI: Nutzung ver­fün­facht – Potenzial noch lange nicht ausge­schöpft Nachricht vom 13.02.2026	8	Daten-Governance-Gesetz: Sachverständige sehen Nachbesserungsbedarf Nachricht vom 29.01.2026	10	Regionale Klimarisiken als Standortfaktor Nachricht vom 26.01.2026	12
Risikomanagement neu gedacht: Mit KI vom Reagieren zum Steuern Nachricht vom 12.02.2026	9	Wie Organisationen ihre Compliance-Funktion zukunftsfest aufstellen Nachricht vom 29.01.2026	11	Die neue Risiko-Realität – Geopolitik, KI und Klima im Stresstest Nachricht vom 26.01.2026	13
IKT-Drittparteienmanagement unter DORA: Prüfungsanforderungen für die Interne Revision Nachricht vom 13.02.2026	9	Wirtschaftsausblick 2026/27: Was für Beratung und Unternehmenspraxis zählt Nachricht vom 29.01.2026	11	Von Einzelrisiken zu systemischer Resilienz Nachricht vom 23.01.2026	13
Homeoffice ist produktiver – bis zu einem Kipp-Punkt Nachricht vom 10.02.2026	9	Cloud-Lösungen: Mehr Flexibilität, hohe Anforderungen an den Datenschutz Nachricht vom 28.01.2026	11	Unternehmen setzen auf Sicherheit statt Tempo Nachricht vom 22.01.2026	13
Eigener Wunsch dominiert, auch Betreuung und Weiterbildung im Fokus Nachricht vom 30.01.2026	9	Cyber bleibt größtes Geschäftsrisiko – KI rückt auf Platz zwei vor Nachricht vom 27.01.2026	12	Strengere Kreditbedingungen und neue ESG-Anforderungen Nachricht vom 21.01.2026	14
Neue Regeln für den Schutz kritischer Infrastrukturen in Deutschland Nachricht vom 30.01.2026	10	BSI startet zentrales Meldeportal für IT-Sicherheitsvorfälle Nachricht vom 27.01.2026	12	Mit KI und modernen Tools zu wirksameren Untersuchungen Nachricht vom 07.01.2026	14

AI Act: Pflichten gelten, Aufsicht noch im Aufbau

Nachricht vom 30.03.2026

Der AI Act ist bereits in Kraft, doch in Deutschland ist die Umsetzung noch nicht vollständig geregelt. Die Bundesnetzagentur soll die zentrale Marktüberwachungsbehörde werden. In einer Anhörung zum Gesetzentwurf am 23. März 2026 gab es dafür Zustimmung, zugleich gab es jedoch Warnungen vor einer Zersplitterung der Zuständigkeiten und einer zu schwachen Koordination.

Die Bundesregierung hatte den Entwurf des KI-Marktüberwachungs- und Innovationsförderungs-Gesetzes [1] am 11. Februar 2026 beschlossen. Vorgesehen sind bei der Bundesnetzagentur ein Koordinierungs- und Kompetenzzentrum, eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmen und mindestens ein KI-Reallabor. In der Anhörung [2] richtete sich die Kritik gegen das Mehrbehördenmodell mit Landes- und Fachzuständigkeiten, gegen offene Abstimmungsfragen und gegen den bislang noch nicht überzeugend beschriebenen Nutzen der Reallabore.

Der Konflikt verläuft zwischen zentraler Aufsicht und einem föderalen Behördennetz. Die Bundesregierung wirbt mit gebündelter Expertise und klaren Ansprechpartnern. Sachverständige halten dagegen: Wenn hinter der zentralen Tür am Ende doch ein komplexes Netz aus Behörden steht, drohen Reibungsverluste, Doppelzuständigkeiten und unterschiedliche Vollzugslinien. Besonders für Start-ups, Anbieter mit sektorübergreifenden Produkten und internationale Unternehmen wäre das ein Problem.

Der Rechtsrahmen [3] ist bereits in Kraft. Seit 2. Februar 2025 gelten die Verbote bestimmter KI-Praktiken und die Pflicht zu AI Literacy, also ein ausreichendes Maß an KI-Kompetenz im Unternehmen. Seit 2. August 2025 greifen die Governance-Regeln und die Vorgaben für General-Purpose-AI-Modelle. Die Transparenzpflichten treten im August 2026 in Kraft, während für Hochrisiko-KI, die in regulierte Produkte eingebettet ist, die Übergangsfrist bis zum 2. August 2027 läuft.

Parallel bewegt sich auch Brüssel weiter: Die Europäische Kommission arbeitet an zusätzlichen Leitlinien für Transparenzpflichten und wirbt mit ihrem Digital Package [4] on Simplification für einen einfacheren Vollzug.

Auf der Agenda der Unternehmen stehen damit ein KI-Inventar, die Einordnung nach Risikostufen, belastbare Dokumentation und klare Zuständigkeiten zwischen Legal, Compliance, Datenschutz, Einkauf und IT.

Quellen

- [1] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/umsetzung-ki-verordnung-2406638>
- [2] <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1157448>
- [3] <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/regulatory-framework-ai>
- [4] <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/faqs/digital-package>

AI Security 2026: Mehr Struktur, aber noch keine belastbare Routine

Nachricht vom 30.03.2026

Die Debatte über KI-Sicherheit hat einen neuen Reifegrad erreicht.

Das berichtet Trend Micro [1] im „Fault Lines in the AI Ecosystem: TrendAI State of AI Security Report“. Das Cybersicherheitsunternehmen zählt 2.130 KI-bezogene Sicherheitslücken für 2025 – ein Anstieg um 34,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Risiken verlagern sich von klassischer Infrastruktur in produktionsnahe Themen wie Sprachmodell-Tools, autonom arbeitende KI-Systeme und die Lieferkette von KI-Komponenten.

Die US-Standardisierungsbehörde NIST [2] (National Institute of Standards and Technology) hat in den vergangenen zwei Jahren wichtige Grundlagen vorgelegt: ein Risikoprofil [3] für generative KI, 2025 eine Taxonomie [4] für adversariales maschinelles Lernen – also für Angriffe auf Lernsysteme – und Ende 2025 einen Entwurf für ein eigenes Cybersecurity-Profil [5] für KI. Die US-Organisation Mitre [6] baut mit „Atlas“ eine Wissenssammlung zu Angriffen auf KI-Systeme auf. Und die Sicherheitsorganisation Owasp [7] hat mit ihren Top 10 für Sprachmodell- und Generative-KI-Anwendungen ein inzwischen breit genutztes Risikobild geschaffen.

KI-Sicherheit wird inzwischen als eigenes Thema behandelt. Die Schwachstelle bleibt allerdings die Praxis, insbesondere durch Prompt Injection. Gemeint ist: Ein Modell wird durch Eingaben oder externe Inhalte dazu gebracht, anders zu handeln als vorgesehen. Owasp führt Prompt Injection als Top-Risiko, während der ChatGPT-Entwickler OpenAI [8] sie als eine der zentralen

aktuellen Sicherheitsherausforderungen bezeichnet. Das ist vor allem dort relevant, wo KI Daten abrufen, Werkzeuge nutzt oder Aktionen auslöst.

Die Angriffsfläche liegt auch in Datenquellen, Programmierschnittstellen, Plugins, Vektordatenbanken, Abrufsystemen, Zugriffsrechten und Lieferketten. Entsprechend nennen die Owasp Top 10 neben Prompt Injection auch unsichere Ausgaben, Datenvergiftung, Überlastungsangriffe, Lieferkettenrisiken und übermäßige Autonomie von Agenten.

Immerhin professionalisiert sich die Abwehr. Das britische NCSC (National Cyber Security Centre), die staatliche Cybersicherheitsbehörde des Vereinigten Königreichs, empfiehlt einen Sicherheitsansatz [9] über den gesamten Lebenszyklus der Systeme. In Europa kommen regulatorische Leitplanken hinzu: Der EU AI Act [10] greift schrittweise, für KI-Modelle mit allgemeinem Verwendungszweck gibt es seit 2025 einen Verhaltenskodex und Leitlinien der EU-Kommission [11].

Auf der Agenda der Governance-Funktionen in Unternehmen sollten daher mehrere Grundkontrollen stehen:

ein Inventar aller eingesetzten KI-Systeme

- ▶ eine Einordnung nach Risikostufen
- ▶ klare Zuständigkeiten zwischen IT, Sicherheit, Recht, Datenschutz und Einkauf
- ▶ sauber geregelte Rechte für Werkzeuge und Agenten
- ▶ die Prüfung der Lieferkette
- ▶ Monitoring und Tests

Wer KI produktiv einsetzt, sollte sie als neue sicherheitskritische Systemklasse einstufen.

Quellen

- [1] <https://www.trendmicro.com/vinfo/us/security/news/threat-landscape/fault-lines-in-the-ai-ecosystem-trendai-state-of-ai-security-report>
- [2] <https://www.nist.gov/itl/ai-risk-management-framework>
- [3] <https://www.nist.gov/publications/artificial-intelligence-risk-management-framework-generative-artificial-intelligence>
- [4] <https://csrc.nist.gov/pubs/ai/100/2/e/2025/final>
- [5] <https://csrc.nist.gov/pubs/ir/8596/iprd>
- [6] <https://atlas.mitre.org/>
- [7] <https://owasp.org/www-project-top-10-for-large-language-model-applications/>
- [8] <https://openai.com/de-DE/index/prompt-injections/>
- [9] <https://www.ncsc.gov.uk/collection/guidelines->

secure-ai-system-development/guidelines

[10] <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/regulatory-framework-ai>

[11] <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/regulatory-framework-ai>

EU-Entgelttransparenzrichtlinie: Was Unternehmen jetzt konkret vorbereiten sollten

Nachricht vom 24.03.2026

Bis zum 7. Juni 2026 muss Deutschland die EU-Entgelttransparenzrichtlinie umsetzen. Die nationale Ausgestaltung ist noch nicht vollständig ausformuliert, die Richtung aber schon: Vergütungssysteme müssen transparenter, nachvollziehbarer und belastbarer werden.

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend hatte im November 2025 den **Abschlussbericht** [1] seiner Kommission zur „bürokratiearmen Umsetzung“ vorgelegt. Parallel hält auch Brüssel das Thema auf der Agenda: In ihrer **Gleichstellungsstrategie** [2] hat die EU-Kommission Anfang März 2026 angekündigt, die Mitgliedstaaten bei der wirksamen und fristgerechten Umsetzung weiter zu unterstützen.

Die **Richtlinie** [3] verlangt, dass Bewerberinnen und Bewerber frühzeitig Informationen über das Einstiegsentgelt oder eine Gehaltsspanne erhalten. Fragen nach der bisherigen Vergütung sind künftig tabu. Beschäftigte bekommen Auskunftsrechte zu ihrem eigenen Entgelt und zu durchschnittlichen Vergütungsniveaus für gleiche oder gleichwertige Arbeit, aufgeschlüsselt nach Geschlecht.

Hier wird aus einem HR-Thema eine Governance- und Compliance-Frage. Deshalb lohnt sich der Blick auf Checklisten als praktischstes Instrument in dieser Phase:

- ▶ Gibt es bereits belastbare Vergleichsgruppen?
- ▶ Sind variable Vergütungsbestandteile sauber erfasst?
- ▶ Sind Recruiting-Prozesse angepasst?
- ▶ Gibt es einen standardisierten Auskunftsprozess?
- ▶ Lassen sich auffällige Entgeltunterschiede dokumentiert erklären?

Wer diese Punkte erfüllt, erspart sich später aufwendige Nachsteuerungen. Die Kommission will 2026 dazu ein Toolkit für geschlechtsneutrale Arbeitsbewertung und -klassifizierung vorlegen.

Wie groß der Aufklärungsbedarf noch ist, zeigt auch eine aktuelle Einordnung der **Personalberatung Cobalt** [4]. Dort werden mehrere verbreitete Fehlannahmen aufgegriffen, darunter:

- ▶ dass jede Stellenanzeige zwingend eine Gehaltsspanne enthalten müsse,
- ▶ dass nur Konzerne betroffen seien,
- ▶ dass individuelle Gehälter künftig offengelegt werden müssten.

Für Unternehmen lohne es sich daher, frühzeitig zu prüfen, wie transparent und nachvollziehbar ihre Vergütungsstrukturen aufgebaut sind.

Quellen

[1] https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/pressemitteilungen/abschlussbericht-der-kommission-buerokratiearme-umsetzung-der-entgelttransparenzrichtlinie-274262?utm_source

[2] https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/gender-equality/equal-pay/eu-action-equal-pay_en

[3] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX%3A32023L0970>

[4] <https://cobaltrecruitment.de/blog>

Maßnahmen zur Stabilisierung der Ölpreise – Handlungsoptionen für Unternehmen

Nachricht vom 20.03.2026

Die Unterbrechungen in der globalen Ölversorgung, ausgelöst durch den Konflikt im Nahen Osten, haben die Energiepreise stark steigen lassen. Unternehmen sehen sich mit Kostenerhöhungen konfrontiert.

Die Internationale Energieagentur (IEA) empfiehlt Maßnahmen, mit denen Unternehmen ihre Kosten senken und ihre Energieversorgung stabilisieren können. Diese Maßnahmen sind besonders wichtig für Unternehmen, die stark auf Ölprodukte angewiesen sind, etwa im Transport- oder Produktionssektor.

Effizientere Nutzung von Transportressourcen

Unternehmen können ihren Kraftstoffverbrauch erheblich senken, indem sie effizientere Transportstrategien umsetzen. Dazu gehört:

- ▶ Optimierung von Fahrpraktiken: Eine Schulung der Mitarbeitenden in effizienter Fahrweise und der regelmäßige

Unterhalt von Fahrzeugen können den Kraftstoffverbrauch deutlich senken.

- ▶ Verlagerung von Transportaufgaben auf öffentliche Verkehrsmittel: Für Unternehmen, die Mitarbeiter pendeln lassen, könnte die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs oder Carsharing-Modelle sinnvoll sein.

Homeoffice und flexible Arbeitsmodelle

In vielen Unternehmen gibt es die Möglichkeit, bestimmte Arbeitsabläufe ins Homeoffice zu verlagern. Dies reduziert nicht nur den Verkehrsaufwand, sondern auch den Bedarf an fossilen Brennstoffen für den Pendelverkehr. Unternehmen sollten prüfen, welche Arbeitsplätze remote durchgeführt werden können, um den Energieverbrauch und damit die Betriebskosten zu senken.

LPG-Verbrauch in der Produktion reduzieren

Für Unternehmen, die LPG im Produktionsprozess einsetzen, empfiehlt die IEA, auf alternative Rohstoffe wie Naphtha umzuschwenken, wenn dies technologisch möglich ist. Dies kann insbesondere bei Engpässen auf den LPG-Märkten von Bedeutung sein, da diese Umstellung das Angebot von LPG für essenzielle Anwendungen wie die Haushaltsversorgung freisetzt.

Effiziente Energienutzung im Unternehmen

Neben der Optimierung des Fuhrparks sollten Unternehmen in energieeffizientere Anlagen und Prozesse investieren. Hierzu gehören:

- ▶ Modernisierung der Infrastruktur, um den Energieverbrauch zu reduzieren,
- ▶ Wärmerückgewinnungssysteme und intelligente Steuerungssysteme zur Reduktion des fossilen Brennstoffverbrauchs,
- ▶ Klimafreundliche Produktionsmethoden, die weniger energieintensiv sind.

Luftfahrt und Geschäftsreisen reduzieren

Für Unternehmen, die häufig Geschäftsreisen per Flugzeug durchführen, empfiehlt sich eine Reduzierung von Flugreisen, wo immer möglich. Dies kann durch den verstärkten Einsatz von Videokonferenzen und digitalen Tools erfolgen. Zudem sollten Unternehmen ihre Reiserichtlinien anpassen, um unnötige Flüge zu vermeiden und so den Verbrauch von Kerosin zu senken.

Die IEA betont, dass gut umgesetzte, effizienzsteigernde Maßnahmen nicht nur die wirtschaftliche Belastung für Unternehmen verringern, sondern auch zur nachhaltigen und resilienten Energieversorgung beitragen. Die vollständige Mitteilung hat die Energieagentur [hier veröffentlicht](#) [1].

Quellen

- [1] <https://www.iea.org/news/new-iea-report-highlights-options-to-ease-oil-price-pressures-on-consumers-in-response-to-middle-east-supply-disruptions>

IIA führt neue Prüfanforderungen für Verhalten und Unternehmenskultur ein

Nachricht vom 18.03.2026

Das Institute of Internal Auditors (IIA) hat ein neues Topical Requirement zum Thema „Organizational Behavior“ veröffentlicht.

Diese Anforderung ist Teil der globalen Internal Audit Standards und soll Internen Revisionen als strukturierte Grundlage dienen, um das Verhalten in Organisationen systematisch zu prüfen. Der Fokus liegt dabei auf konkretem, messbarem Verhalten von Mitarbeitenden und Führungskräften.

Das Ziel ist es, den Einfluss von kulturellen und verhaltensbezogenen Faktoren auf Governance-, Risiko- und Kontrollprozesse besser zu verstehen und zu bewerten, teilt das Deutsche Institut für Interne Revision (DIIR) mit. Internen Revisorinnen und Revisoren werde eine konsistente Methodik an die Hand gegeben, die es ermöglicht, Verhaltens- und Kulturthemen gezielt und zuverlässig zu prüfen.

Die neue Anforderung schafft eine Mindestbasis, wenn Verhaltensfaktoren als eigenständiges Prüfungsthema oder Risiko erkannt werden. Sie ist ab Dezember 2026 anzuwenden. Weitere Informationen dazu hat das IIA [hier veröffentlicht](#) [1].

Quellen

- [1] <https://www.theiia.org/en/standards/2024-standards/topical-requirements/organizational-behavior/>

IDW legt Entwurf für Standard zur Erstellung von Nachhaltigkeitsinformationen vor

Nachricht vom 16.03.2026

Für die Erstellung von Nachhaltigkeitsinformationen liegt ein Entwurf eines neuen IDW-Standards vor.

Der IDW-Standardentwurf ES 107 formuliert eine vorläufige Berufsauffassung dazu, wie Wirtschaftsprüfer Nachhaltigkeitsinformationen eigenverantwortlich erstellen dürfen. Der Hauptfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) hat den Entwurf der Grundsätze für die Erstellung von Nachhaltigkeitsinformationen verabschiedet und dessen Anwendung bereits für zulässig erklärt.

Der Entwurf regelt Anforderungen an Auftragsannahme, Auftragsdurchführung und den Vermerk über die Erstellung. Außerdem enthält er drei Musterformulierungen für solche Vermerke. Stellungnahmen sind bis zum 30. Juni 2026 möglich.

Die Verantwortung für Inhalte, Wesentlichkeit, Kriterien, Methoden und Annahmen verbleibt beim Management. Der Erstellungsauftrag ist ausdrücklich kein Assurance-Auftrag. Ein Wirtschaftsprüfer erteilt daher kein Prüfungsurteil, sondern lediglich einen Vermerk über die Erstellung. Ergeben sich dabei offensichtliche Fehler, ungeeignete Kriterien oder irreführende Darstellungen, muss er auf Korrekturen dringen und den Auftrag notfalls niederlegen.

Der IDW-Standardentwurf ES 107 steht [hier zum Download](#) [1].

Quellen

- [1] <https://www.idw.de/idw/idw-aktuell/erstellung-von-nachhaltigkeitsinformationen-idw-standard-entwurf-liegt-vor.html>

Zölle und Unsicherheit bremsen Mittelstand im USA-Geschäft

Nachricht vom 16.03.2026

Mittelständler mit Geschäftsbeziehungen in den USA sind durch die neue Handels-, Wirtschafts- und Außenpolitik der Regierung von Donald Trump stark belastet.

Wie eine [Befragung von KfW](#) [1] Research zeigt, berichten 52 Prozent dieser Unternehmen von negativen Folgen. Für 36 Prozent hat sich nichts verändert, nur 7 Prozent pro-

fitierten vom Kurswechsel in Washington – vor allem Firmen mit Produktionsstandorten in den USA sowie Unternehmen aus der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Besonders deutlich ist der Rückzug aus dem US-Geschäft. Der Anteil der Mittelständler mit Geschäftsbeziehungen in die USA sank zwischen September 2019 und Januar 2026 von 18,7 auf 11,3 Prozent. Vor allem im Export zeigt sich der Rückgang klar: Nur noch 5,8 Prozent der 3,9 Millionen Mittelständler hatten zuletzt Kunden in den USA, nur 3,0 Prozent exportierten indirekt dorthin.

Zwar erklärte der Supreme Court am 20. Februar 2026 große Teile der US-Zölle für rechtswidrig. Doch Trump reagierte mit neuen Importzöllen von 10 Prozent und plant eine Anhebung auf 15 Prozent. Damit wächst die Unsicherheit weiter – und sie könnte die deutsche Wirtschaft noch stärker belasten als die Zölle selbst, lautet das Fazit von KfW Research.

Quellen

- [1] https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_884416.html

Wachstumsoptimismus bei CFOs weltweit – auch die Risikowahrnehmung steigt

Nachricht vom 10.03.2026

Die globale Wirtschaftsentwicklung bleibt ein zweischneidiges Schwert: Während 85 Prozent der CFOs weltweit für die kommenden zwölf Monate ein Umsatzwachstum von mindestens zehn Prozent erwarten, ist die Sorge vor Risiken so hoch wie nie zuvor.

Das zeigt der Global CFO Survey 2026 der Unternehmensberatung FTI Consulting, für den 700 Finanzvorstände weltweit befragt wurden. Besonders stark gestiegen sind die Bedenken bezüglich geopolitischer Konflikte – die Sorge darüber hat im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozentpunkte auf 84 Prozent zugenommen. Auch Cybersicherheit (82 Prozent) und Inflation (83 Prozent) bereiten den CFOs zunehmend Kopfzerbrechen.

Europa setzt auf organisches Wachstum statt auf Übernahmen

Ein markanter Unterschied zwischen den Regionen zeigt sich bei den Übernahmeartaktivitäten. Während in Nordamerika 51 Pro-

zent der CFOs aktiv auf Übernahmen setzen, sind es in Europa nur 38 Prozent. Stattdessen setzen europäische CFOs stärker auf Cybersicherheit (54 Prozent), Marktexpansion (50 Prozent) und Kundenakquisition (49 Prozent). Trotz verbesserter Finanzierungsbedingungen – zwei Drittel der CFOs berichten von leichterem Zugang zu Kapital – bleibt die Unsicherheit an den Kapitalmärkten ein großes Hindernis für größere Transaktionen.

Künstliche Intelligenz als Wachstums-motor

Bei Investitionen in Künstliche Intelligenz bleibt Europa führend: 73 Prozent der europäischen CFOs setzen entweder KI-Technologien in der Finanzfunktion ein oder planen deren Einführung. Besonders in Predictive Cash Forecasting und beim automatisierten KI-Reporting zeigt sich großes Potenzial. Doch trotz dieser Innovationen geben 55 Prozent der europäischen CFOs an, vor allem mit operativen Aufgaben wie Budgetierung und Systemmanagement beschäftigt zu sein – eine Herausforderung, die durch KI weiter adressiert werden soll.

Fazit: Die Ergebnisse des Global CFO Survey 2026 unterstreichen die Komplexität der Unternehmensführung: Wachstum ja, aber mit einem klaren Fokus auf Risikomanagement und langfristige Transformation. Den vollständigen Report können Sie [hier herunterladen](#) [1].

Quellen

- [1] <https://www.fticonsulting.com/insights/reports/global-cfo-survey-2026>

Homeoffice-Studien zeigen neue Freiheiten – ohne Einbußen beim Wohlbefinden

Nachricht vom 09.03.2026

Homeoffice verändert die Arbeitswelt tiefgreifend. Aktuelle Studien zeichnen dabei ein differenzierteres Bild: Das Arbeiten von zu Hause schadet weder automatisch dem Wohlbefinden noch der Arbeitsqualität.

Die Studie „Is working from home changing the meaning of work?“ [1] auf Basis des deutschen Panels „Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung“ zeigt, dass Homeoffice bei Bürobeschäftigten keine systematischen negativen Effekte auf Jobzufriedenheit, psychische Gesundheit oder soziale Einbindung hat. Auch zentrale nicht-monetäre Funkti-

onen von Arbeit wie Tagesstruktur, soziale Kontakte oder das Gefühl von Sinn und Zugehörigkeit bleiben demnach weitgehend stabil. Das spricht gegen die verbreitete Annahme, Homeoffice führe zwangsläufig zu Isolation oder psychischer Belastung.

Gleichzeitig verändert mobiles Arbeiten den Arbeitsmarkt räumlich. Die Studie „Working from home increases work – home distances“ [2] auf Basis deutscher Verwaltungsdaten kommt zu dem Ergebnis, dass Beschäftigte in homeoffice-tauglichen Berufen seit 2021 häufiger weiter entfernt von ihrem Arbeitsplatz wohnen. Besonders bei neuen Jobs wächst die Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort. Vor allem in Großstädten deutet vieles auf einen „Donut-Effekt“ hin: Menschen arbeiten weiter in urbanen Zentren, ziehen aber eher ins Umland als in abgelegene Regionen.

Außerdem kann Homeoffice die Produktivität steigern, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts [3] für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO zeigt. Auf Basis von Leistungsdaten und Befragungen bei der Techniker Krankenkasse bearbeiteten Mitarbeitende im Homeoffice im Schnitt rund 20 Prozent mehr Kundenanliegen und Telefonate als in der Dienststelle. Die Universität Konstanz bestätigt zudem den hohen Wunsch nach flexiblen Modellen: Beschäftigte bevorzugen im Schnitt drei Homeoffice-Tage pro Woche.

Homeoffice ist damit weder Allheilmittel noch Risiko an sich. Erfolgreich ist vor allem gut organisierte hybride Arbeit.

Quellen

- [1] <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371%2Fjournal.pone.0340452>
 [2] <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0094119026000033>
 [3] <https://compliance.digital.de/ce/homeoffice-ist-produktiver-bis-zu-einem-kipp-punkt/detail.html>

Mehr Unternehmerinnen im Mittelstand – doch Frauen in Führung bleiben die Ausnahme

Nachricht vom 09.03.2026

An der Spitze des deutschen Mittelstands stehen wieder etwas häufiger Frauen: 2025 wurde jedes sechste kleine oder mittlere Unternehmen von einer Frau geführt.

Nach dem Tief im Vorjahr ist der Anteil der Unternehmerinnen damit wieder auf

16 Prozent gestiegen. Das entspricht rund 621.000 Unternehmen, berichtet KfW Research [1]. Ein klarer Aufwärtstrend ist daraus allerdings noch nicht abzulesen. Denn insgesamt bleiben Frauen in Führungspositionen im Mittelstand deutlich unterrepräsentiert.

Besonders stark vertreten sind Unternehmerinnen weiterhin in Dienstleistungsbranchen. 88 Prozent der von Frauen geführten Unternehmen entfallen auf diesen Bereich, 84 Prozent sind Kleinstunternehmen. Vor allem in sonstigen Dienstleistungen wie Gastgewerbe, Einzelhandel, Bildung und Kultur finden sich viele Unternehmerinnen. Gleichzeitig gewinnen wissensintensive Dienstleistungen wie Beratung, IT oder Ingenieurwesen an Bedeutung.

Nur in 34,3 Prozent aller mittelständischen Unternehmen ist überhaupt mindestens eine Führungsposition mit einer Frau besetzt – zum zweiten Mal in Folge ein Rückgang. Über alle Hierarchieebenen hinweg sind lediglich 24,4 Prozent der Managementposten weiblich besetzt. Deutschland liegt damit auch im europäischen Vergleich zurück.

Wo eine Frau ein Unternehmen führt, sind meist auch mehr Frauen in weiteren Führungsrollen vertreten. In von Frauen geführten Unternehmen sind 76 Prozent der Führungspositionen weiblich besetzt, in männergeführten Firmen nur 14 Prozent.

Quellen

- [1] https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_883904.html

Chefjuristen sitzen immer häufiger mit am Vorstandstisch

Nachricht vom 06.03.2026

Die Chefjuristen großer Unternehmen rücken immer stärker ins Zentrum strategischer Entscheidungen.

Das geht aus dem Chief Legal Officer Survey 2026 [1] der Association of Corporate Counsel (ACC) und der Beratung FTI Consulting hervor. Demnach nehmen Leitende von Rechtsabteilungen inzwischen an 79 Prozent der Vorstandssitzungen teil – im Vorjahr waren es 65 Prozent. Auch operativ steigt ihr Einfluss: 70 Prozent der befragten General Counsel berichten, dass sie „fast immer“ in laufende Geschäftsthemen einbezogen werden, 62 Prozent werden re-

gelmässig bei strategischen Entscheidungen konsultiert.

Befragt wurden 1.049 Chefjuristen aus 43 Ländern. In den meisten Unternehmen berichten sie direkt an die Unternehmensspitze: 84 Prozent an den CEO, 42 Prozent zusätzlich oder ausschließlich an den CFO.

Inhaltlich verschiebt sich die Agenda der Rechtsabteilungen insbesondere in Europa. Datenschutz gilt für 61 Prozent der Befragten als wichtigstes Thema auf Vorstandsebene. Dahinter folgen M&A und geopolitische Risiken (jeweils 57 Prozent). Auffällig ist die Bedeutung von Sanktionen: Für 34 Prozent der europäischen Chefjuristen zählen sie zu den wichtigsten regulatorischen Themen, weltweit sind es nur 13 Prozent. Hintergrund ist das Sanktionsumfeld infolge des Ukraine-Kriegs.

Außerdem investieren Rechtsabteilungen verstärkt in Technologie. 69 Prozent der General Counsel weltweit planen in den kommenden zwei Jahren höhere Ausgaben für Generative KI, in Europa sogar 77 Prozent. Damit ist KI die wichtigste Technologieinvestition – noch vor Vertrags- oder Dokumentenmanagement-Systemen.

Quellen

- [1] <https://www.ftitechnology.com/resources/whitepapers/2026-acc-chief-legal-officers-survey>

Arbeitsmarkt: Fürsorgeverantwortung verstärkt Unterschiede zwischen Frauen und Männern

Nachricht vom 26.02.2026

Die Verdienstungleichheit zwischen Frauen und Männern verharrt auf hohem Niveau.

Wie das **Statistische Bundesamt** [1] mitteilt, lag der Gender Gap Arbeitsmarkt 2025 bei 37 Prozent – unverändert zum Vorjahr. Der Indikator erfasst neben dem Stundenlohnunterschied (Gender Pay Gap) auch Differenzen bei Arbeitszeit (Gender Hours Gap) und Erwerbsbeteiligung (Gender Employment Gap).

Frauen verdienen 2025 pro Stunde 16 Prozent weniger als Männer. Zwei Drittel dieser Lücke lassen sich durch strukturelle Faktoren erklären, 6 Prozent bleiben bereinigt unerklärt. Außerdem arbeiteten Frauen im Schnitt 18 Prozent weniger Stunden pro Woche. Auch die Erwerbsquote ist niedriger: 74 Prozent der Frauen waren 2024 erwerbstätig, gegenüber 81 Prozent der Männer.

Deutliche Unterschiede zeigen sich regional: In Ostdeutschland lag der Gender Gap Arbeitsmarkt bei 22 Prozent, im Westen bei 39 Prozent. Besonders niedrig war er in Mecklenburg-Vorpommern mit 17 Prozent, besonders hoch in Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils 41 Prozent.

Über die Einkommensdaten hinaus verweist eine aktuelle Auswertung des **Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts** [2] (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung auf strukturelle Ungleichheiten. Unterschiede zeigen sich demnach nicht nur bei Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit, sondern auch bei Teilzeitquoten, geringfügiger Beschäftigung, Einkommen und langfristiger Absicherung.

Besonders deutlich werden die Ungleichheiten, wenn Kinder im Haushalt leben. Fast jede zweite erwerbstätige Frau mit Kind unter sechs Jahren (49 Prozent) berichtet von Diskriminierungserfahrungen im Job wegen Betreuungsaufgaben; bei Männern sind es 31 Prozent. Auch Beschäftigte mit Pflegeverantwortung sind betroffen.

Quellen

- [1] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_064_621.html
 [2] <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-stand-der-gleichstellung-daten-zu-fast-30-zentralen-indikatoren-75098.htm>

Jeder siebte Mittelständler spürt stärkeren Preisdruck aus China

Nachricht vom 26.02.2026

Chinas Anbieter drängen in immer mehr Märkte – und der deutsche Mittelstand spürt den Gegenwind.

Eine Sonderbefragung zum **KfW-Mittelstandspanel** [1] zeigt: 15 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen berichten von steigendem Preisdruck, 13 Prozent von härterem Qualitätswettbewerb durch chinesische Konkurrenz. Besonders stark trifft es das Verarbeitende Gewerbe. Das geht aus den jetzt veröffentlichten Zahlen aus der Befragung im September 2025 hervor.

China wird dabei nicht nur als Absatz- und Beschaffungsmarkt, sondern zunehmend als technologisch stärkerer Rivale wahrgenommen. Viele Unternehmen profitieren allerdings weiter von Importen: 15 Prozent nutzen chinesische Produkte oder Dienstleistungen zur Kostensenkung, weitere 15 Prozent zur Verbesserung des eige-

nen Angebots. Insgesamt setzen 19 Prozent solche Importe mindestens zu einem dieser Zwecke ein. Damit geht ein klassischer Zielkonflikt einher: Effizienzgewinne durch günstige Vorleistungen und zugleich wachsende Konkurrenz im eigenen Markt

Vor diesem Hintergrund schätzen sich viele international konkurrierende Mittelständler weiterhin als gut aufgestellt ein: 44 Prozent bewerten ihre Wettbewerbsfähigkeit als hoch (plus 14 Prozentpunkte gegenüber April 2024). Gleichzeitig wächst der Anteil derjenigen, die sich abgehängt fühlen (23 Prozent). Vor allem der Blick nach vorn kippt: Rund 40 Prozent der global konkurrierenden KMU erwarten in den nächsten drei Jahren eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition. Besonders pessimistisch sind energieintensive Unternehmen und Firmen, für die Wettbewerber aus China bereits heute eine wichtige Rolle spielen.

Ein Lichtblick kommt aus den Unternehmen selbst: Innovation verbessert die Perspektive. Mittelständler mit kontinuierlicher Forschung und Entwicklung blicken deutlich optimistischer nach vorn, weil Effizienzgewinne bei hohen Kosten und engeren Preisspielräumen zum entscheidenden Vorteil werden.

Quellen

- [1] https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_882624.html

Zwischen Produktivität und Jobrisiko: Was der KI-Boom für die Wirtschaft bedeutet

Nachricht vom 18.02.2026

Künstliche Intelligenz dürfte die Wirtschaft grundlegend verändern. Vor allem generative KI habe das Potenzial, zu einer „Allzwecktechnologie“ zu werden – mit breiten Auswirkungen auf Produktivität, Arbeitsmarkt und Geldpolitik.

Diese Einschätzung äußerte jetzt Michael Barr, Mitglied des Board of Governors der **US-Notenbank Federal Reserve** [1], vor Ökonomen und Ökonomen in New York. Er verwies auf aktuelle Studien wie „**Generative AI at the Crossroads**“ [2], wonach KI die jährliche Produktivitätssteigerung um 0,3 bis 0,9 Prozentpunkte erhöhen könnte. Außerdem berichteten Unternehmen bereits über schnellere Entwicklungsprozesse, effizientere Softwareprogrammierung und Fortschritte in der Medikamentenforschung.

Barr skizzierte drei mögliche Entwicklungen:

- ▶ **Allmähliche Anpassung:** KI steigert die Produktivität, einige Jobs verschwinden, neue entstehen. Umschulungen gelingen, Arbeitslosigkeit bleibt begrenzt.
- ▶ **Rasanter Umbruch:** KI ersetzt in kurzer Zeit viele Tätigkeiten – auch qualifizierte Jobs. Es droht ein „jobless boom“ mit hoher Arbeitslosigkeit trotz stark wachsender Wirtschaft.
- ▶ **Ernüchterung:** Technische oder finanzielle Grenzen bremsen den KI-Boom. Produktivitätsgewinne bleiben moderat, stattdessen könnten finanzielle Risiken durch Überinvestitionen entstehen.

Bisher zeigten Studien nur geringe Auswirkungen auf die Gesamtbeschäftigung. Allerdings gebe es Hinweise, dass Berufseinsteigerinnen und -einsteiger in KI-anfälligen Branchen – etwa Softwareentwicklung und Kundenservice – bereits stärker betroffen sind. Viele Firmen verlagerten Aufgaben intern und setzten stärker auf Weiterbildung.

Sollte KI dauerhaft für höheres Produktivitätswachstum sorgen, könne die Wirtschaft schneller wachsen, ohne dass die Inflation steigt. Gleichzeitig dürften hohe Investitionen in Rechenzentren und Infrastruktur den Kapitalbedarf erhöhen.

Für Barr überwiegen langfristig die Chancen. Doch der Übergang könne schmerzhaft sein. Entscheidend werde sein, wie gut Politik und Unternehmen Beschäftigte weiterbilden und die Gewinne der KI breit verteilen.

Für Europa bedeutet das: Innovationsförderung, Qualifizierung und Regulierung müssen zusammengedacht werden. Nur mit klaren Rahmenbedingungen, Investitionen in Infrastruktur und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik lässt sich das wirtschaftliche Potenzial von KI nutzen, ohne soziale Spannungen zu verschärfen.

Quellen

- [1] <https://www.federalreserve.gov/newsevents/speech/barr20260217a.htm>
- [2] <https://www.federalreserve.gov/econres/feds/generative-ai-at-the-crossroads-light-bulb-dynamo-or-microscope.htm>

Wie geopolitische Spannungen Handel und Industrie neu ordnen

Nachricht vom 16.02.2026

Die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) 2026 hat offengelegt, wie unterschiedlich Washington und Europa ihre gemeinsame Zukunft definieren.

Während die USA mehr Eigenverantwortung, industrielle Stärke und ein selbstbewusstes Bekenntnis zu nationaler Souveränität einfordern, antwortet Europa mit dem Ruf nach strategischer Eigenständigkeit und multilateralen Regeln. Der transatlantische Schulterschluss bleibt erklärtes Ziel – doch bei Richtung und Grundlagen des Bündnisses besteht spürbare Spannung. Das hat auch Folgen für Handel und Wirtschaft.

US-Außenminister Marco Rubio warb für eine erneuerte transatlantische Partnerschaft, machte jedoch deutlich, dass sie auf größerer europäischer Eigenverantwortung beruhen müsse. Europa solle Verteidigung und industrielle Basis stärken, strategische Abhängigkeiten reduzieren und sich selbstbewusst zu nationaler Souveränität und westlicher Identität bekennen. Seine Rede [1] formulierte damit klare Erwartungen an Europas sicherheits- und wirtschaftspolitische Ausrichtung.

Diese politische Verschiebung spiegelt sich auch in der globalen Handelsordnung wider. Laut *Munich Security Report 2026* [2] ist das regelbasierte System massiv unter Druck geraten. Die USA lösen sich zunehmend vom System der Welthandelsorganisation (WTO) und setzen Zölle als politisches Druckmittel ein. China verschärft Exportkontrollen und hält an marktverzerrenden Subventionen fest. Die Folgen sind wachsende Unsicherheit, mehr Protektionismus und steigende Risiken für Wachstum und Wohlstand. Zugleich entstehen neue Handelsallianzen, die am WTO-Regelwerk festhalten. Ob sie das multilaterale System stabilisieren können, bleibt offen – die Ordnung ist „angeschlagen, aber nicht zerbrochen“, heißt es im Bericht.

Auch der *Munich Security Index* [3], eine Umfrage der MSC mit dem Beratungsunternehmen Kekst CNC, zeigt eine zunehmend fragmentierte Welt. In den G7 dominierten Sorgen über Cyberangriffe, Finanzkrisen und Desinformation; in den BICS-Staaten stehen Klimawandel, Extremwetter und Ungleichheit im Vordergrund. Während die Klimasorgen in den G7 sinken, bleiben sie in BICS hoch. Zugleich wachsen weltweit Protektionismus und Handelskonflikte. Für Unternehmen bedeutet das: Strategien und Kommunikation müssen global konsistent, aber lokal angepasst und auf Resilienz ausgerichtet sein.

Quellen

- [1] <https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2026/02/secretary-of-state-marco>

[rubio-at-the-munich-security-conference/](https://www.federalreserve.gov/newsevents/speech/rubio-at-the-munich-security-conference/)

- [2] <https://securityconference.org/publikationen/munich-security-report/2026/global-economy/>
- [3] <https://www.kekstcnc.com/insights/munich-security-index-2026>

Mittelstand entdeckt KI: Nutzung verfünffacht – Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft

Nachricht vom 13.02.2026

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz im deutschen Mittelstand nimmt rasant zu.

Wie eine *Analyse von KfW Research* [1] zeigt, nutzt inzwischen jedes fünfte mittelständische Unternehmen KI. Damit hat sich der Anteil seit 2016 nahezu verfünffacht.

Besonders aktiv sind größere Mittelständler und Unternehmen mit eigener Forschung und Entwicklung (FuE). Auch wissensbasierte Dienstleistungen und das forschungsintensive Verarbeitende Gewerbe liegen vorn. Doch nicht die Branche oder die Unternehmensgröße sind entscheidend, sondern Innovationskraft und Digitalisierungsgrad.

Unter den Unternehmen, die weder Hochschulabsolventen beschäftigen noch Innovationsprojekte umsetzen, nutzen lediglich 8 Prozent KI. Firmen mit Innovationen kommen dagegen auf 19 Prozent, Betriebe mit kontinuierlicher FuE auf 38 Prozent. Ähnlich deutlich ist der Zusammenhang zur Digitalisierung: Wer eine Digitalisierungsstrategie verfolgt, setzt mit einer Wahrscheinlichkeit von 35 Prozent KI ein.

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) könnte das Bruttoinlandsprodukt bis 2037 um bis zu 12,8 Prozent höher liegen, wenn sich KI breit durchsetzt. Für die kommenden 15 Jahre wird ein zusätzliches jährliches Wachstum von durchschnittlich 0,8 Prozentpunkten erwartet. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass KI nicht nur punktuell eingesetzt wird, sondern tief in Prozesse, Produkte und Geschäftsmodelle integriert wird, auch zum Erschließen neuer Geschäftsfelder. Zu den Hürden zählen unzureichende Datenbasis, hohe Investitionskosten und Bedenken hinsichtlich Reifegrad, Zuverlässigkeit und Sicherheit von KI-Systemen.

Quellen

- [1] https://www.kfw.de/0C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_880960.html

Risikomanagement neu gedacht: Mit KI vom Reagieren zum Steuern

Nachricht vom 12.02.2026

Risikomanagement darf heute kein Excel-Archiv mit Quartalslogik mehr sein. Cyberangriffe, Lieferkettenbrüche und Marktverschiebungen erzeugen Risiken gleichzeitig, vernetzt und in Echtzeit. Entscheidend ist die Fähigkeit, Abweichungen sofort zu erkennen und aktiv gegenzusteuern.

Künstliche Intelligenz verändert deshalb die Praxis grundlegend, erörtert Thomas Zimmerer in der aktuellen Ausgabe der [Zeitschrift für Risikomanagement](#) [1]. Statt Stichproben zu prüfen, analysieren Systeme komplette Datenströme laufend. In der Supply Chain identifizieren KI-Modelle frühzeitig Engpässe auf Basis von Wetter-, Preis- und Streikdaten. Im Zahlungsverkehr erkennen Algorithmen verdächtige Muster, bevor Schaden entsteht. Systeme markieren Transaktionen, priorisieren Prüfungen und unterstützen schnelle Entscheidungen.

KI bringt allerdings eigene Gefahren mit: fehlerhafte Modelle, verzerrte Daten, mangelnde Transparenz. Deshalb braucht es klare Regeln: Wie werden Abweichungen erkannt? Wer prüft die Ergebnisse? Wann wird eskaliert?

Das größte Risiko liegt im Nichtstun. Wer aus Vorsicht auf KI verzichtet, übersieht Frühindikatoren, reagiert zu spät und verliert Wettbewerbsfähigkeit. Für Vorstände und Aufsichtsräte heißt das: Risikomanagement muss lernfähig, rollierend und technologiegestützt sein – mit klarer menschlicher Verantwortung.

Quellen

- [1] <https://zfrmdigital.de/ce/ki-transformiert-das-risikomanagement/detail.html>

IKT-Drittparteienmanagement unter DORA: Prüfungsanforderungen für die Interne Revision

Nachricht vom 13.02.2026

Mit der EU-Verordnung Digital Operational Resilience Act (DORA) verschärft Europa die Regeln für Cybersicherheit und IKT-Risiken im Finanzsektor.

Ein Kernpunkt ist das Management von IKT-Drittparteien, da viele IT-Störungen bei externen Dienstleistern entstehen. Das betrifft zum Beispiel kritische oder wichtige

Funktionen wie Zahlungsverkehr oder Kernbankprozesse.

Verträge müssen Mindestinhalte erfüllen, etwa Unterstützungszusagen bei IKT-Vorfällen und Mitwirkungspflichten gegenüber Aufsichtsbehörden. Sämtliche IKT-Vertragsbeziehungen sind in einem Informationsregister zu dokumentieren. Auch Unterauftragsketten sind transparent zu machen und zu bewerten.

Die Interne Revision spielt eine Schlüsselrolle: Sie muss ihre risikoorientierten Prüfungsansätze erweitern und Governance-Regeln, Due-Diligence-Prozesse, Vertragsmonitoring, Interessenkonflikte und Exit-Pläne überprüfen. Leitlinien zum IKT-Drittparteienmanagement sind mindestens jährlich zu aktualisieren und klar zu verantworten.

Einen ausführlichen Beitrag zu diesem Thema lesen Sie in der [aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Interne Revision \(ZIR\)](#) [1].

Quellen

- [1] <https://zirdigital.de/ce/pruefungen-im-bereich-des-ikt-drittparteienmanagements/detail.html>

Homeoffice ist produktiver – bis zu einem Kipp-Punkt

Nachricht vom 10.02.2026

Im Homeoffice arbeiten Beschäftigte messbar produktiver als im Büro.

Das zeigt eine Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO. Auf Basis von Leistungsdaten und Befragungen bei der Techniker Krankenkasse bearbeiteten Mitarbeitende im Homeoffice im Schnitt rund 20 Prozent mehr Kundenanliegen und Telefonate als in der Dienststelle.

Der Produktivitätsvorteil entsteht vor allem durch konzentrierteres, störungsfreieres Arbeiten. Für spontanen Austausch, Wissenstransfer, Teamzusammenhalt und Führung bleibt das Büro jedoch relevant. Diese Faktoren wirken sich nicht immer unmittelbar auf Kennzahlen aus, sind aber entscheidend für die langfristige Leistungsfähigkeit von Organisationen.

Die Studie identifiziert einen Kipp-Punkt: Mehr Homeoffice steigert die Produktivität nicht unbegrenzt. Für die TK liegt dieser Punkt aktuell bei rund 60 Prozent Homeoffice-Anteil. Oberhalb dieser Schwelle nimmt die Gesamtproduktivität nicht weiter zu und kann sogar sinken – etwa durch

zu geringe gemeinsame Präsenz und abnehmenden informellen Austausch. Dabei handelt es sich um einen unternehmensweiten Durchschnitt; je nach Team, Aufgabe und Organisationskultur kann der optimale Wert variieren.

Fazit der Fraunhofer-Studie [1]: Homeoffice kann die Produktivität steigern. Entscheidend ist eine bewusst gestaltete hybride Arbeitsorganisation, die die Stärken von Homeoffice und Büro gezielt kombiniert und neben Leistungskennzahlen auch Zusammenarbeit, Zufriedenheit und Wissensaustausch berücksichtigt.

Diese Befunde werden durch eine [Homeoffice-Studie der Universität Konstanz](#) [2] gestützt. Fünf Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie zeigt die Langzeituntersuchung: Der Wunsch nach Homeoffice ist weiterhin hoch. Beschäftigte bevorzugen im Durchschnitt rund drei Homeoffice-Tage pro Woche, 75 Prozent wünschen sich ein hybrides Arbeitsmodell, und 71 Prozent achten bei der Jobsuche gezielt auf Homeoffice-Angebote.

Ein Trend zur Präsenzpflcht ist nicht erkennbar. Nur 19 Prozent berichten von verschärften Vorgaben, eine vollständige Präsenzpflcht existiert lediglich in 8 Prozent der Unternehmen. Außerdem widerspricht die Studie der Annahme, Präsenzpflcht steigere die Leistung: Strengere Anwesenheitsvorgaben erhöhen die emotionale Erschöpfung, nicht die Produktivität. Beschäftigte in flexiblen Arbeitsmodellen berichten 2025 von höherer subjektiver Leistungsfähigkeit und geringerer Belastung.

Quellen

- [1] <https://publica-rest.fraunhofer.de/server/api/core/bitstreams/c12b5c86-21c2-443f-b074-599f4577550b/content>
- [2] <https://www.polver.uni-konstanz.de/kunze/konstanzer-homeoffice-studie/>

Eigener Wunsch dominiert, auch Betreuung und Weiterbildung im Fokus

Nachricht vom 30.01.2026

Teilzeitarbeit ist in Deutschland überwiegend eine bewusste Entscheidung. Rund 28 Prozent der Teilzeitbeschäftigten arbeiteten 2024 auf eigenen Wunsch mit reduzierter Stundenzahl.

Das entspricht knapp 3,7 Millionen von insgesamt 13,1 Millionen Teilzeit-Erwerbstätigen, teilt das [Statistische Bundesamt](#) [1]

jetzt mit. Frauen entschieden sich dabei etwas häufiger freiwillig für Teilzeit als Männer.

Ein zentrales Motiv ist die Betreuung von Angehörigen. Fast ein Viertel der Teilzeitbeschäftigten reduzierte die Arbeitszeit, um Kinder, Menschen mit Behinderungen oder Pflegebedürftige zu versorgen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Während 29 Prozent der teilzeitbeschäftigten Frauen Betreuungspflichten nannten, waren es bei Männern nur 7 Prozent. Umgekehrt spielte bei Männern die Aus- oder Weiterbildung eine deutlich größere Rolle: Mehr als jeder fünfte Mann in Teilzeit arbeitete wegen Qualifizierung oder Studium weniger, bei Frauen waren es 8 Prozent.

Wer wegen Betreuungspflichten in Teilzeit arbeitet, tut dies mehrheitlich freiwillig. Rund zwei Drittel gaben an, die Betreuung bewusst selbst übernehmen zu wollen. Fehlende oder zu teure Betreuungsangebote spielten nur für eine Minderheit eine Rolle. Insgesamt arbeiteten 2024 knapp 31 Prozent aller Erwerbstätigen in Teilzeit. Bei Frauen war die Teilzeitquote mit 50 Prozent deutlich höher als bei Männern mit 14 Prozent.

Die aktuellen Zahlen erhalten zusätzliche politische Brisanz durch eine laufende Debatte um das Recht auf Teilzeitarbeit. Der Arbeitsmarktforscher Peter Haan vom Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung warnt davor, das Teilzeitrecht einzuschränken. Eine solche Maßnahme könne dazu führen, dass Menschen ganz aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, weil sie ohne Teilzeit ihren Alltag nicht mehr bewältigen könnten, sagte Peter Haan im [ARD-Morgenmagazin](#) [2]. Für viele Beschäftigte sei Teilzeit die Voraussetzung, um Erwerbsarbeit und familiäre Aufgaben miteinander zu verbinden. Statt Einschränkungen seien Verbesserungen bei Betreuung, Pflegeinfrastruktur und steuerlichen Anreizen entscheidend, um mehr Erwerbsarbeit zu ermöglichen.

Quellen

- [1] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/01/PD26_N007_13.html?nn=2110
- [2] <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/arbeitszeit-debatte-100.html>

Neue Regeln für den Schutz kritischer Infrastrukturen in Deutschland

Nachricht vom 30.01.2026

Der Bundestag hat das KRITIS-Dachgesetz verabschiedet. Der Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen wurde zuvor vom Innenausschuss überarbeitet.

Eine wichtige Neuerung ist, dass die Länder nun eigenständig weitere kritische Infrastrukturen für ihre Zuständigkeitsbereiche bestimmen können. Das Bundesinnenministerium wird mit Zustimmung des Bundesrats eine Rechtsverordnung zur Festlegung von Kriterien und Verfahren erlassen.

In einer Entschließung fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, die Transparenz- und Veröffentlichungspflichten für KRITIS-Betreiber zu überprüfen und anzupassen. Insbesondere sollen bestehende Ausnahmen von Informationspflichten konsequenter angewendet und öffentlich zugängliche, sicherheitsrelevante Infrastrukturinformationen überprüft und gegebenenfalls entfernt werden, um Missbrauch durch Angreifer zu verhindern.

Der Bundesrat hatte den Gesetzentwurf kritisch kommentiert, insbesondere hinsichtlich des Schwellenwerts, ab dem ein Betreiber als KRITIS-Betreiber gilt. Er plädierte für eine Senkung des Schwellenwerts von 500.000 auf 150.000 versorgte Einwohner. Die Bundesregierung verteidigte den Wert, zeigte sich jedoch offen für flexiblere Regelungen für die Länder.

Das KRITIS-Dachgesetz kurz zusammengefasst

Das KRITIS-Dachgesetz stärkt die Resilienz kritischer Infrastrukturen in Deutschland, insbesondere in Sektoren wie Energie, Wasser, Gesundheit und Kommunikation. Betreiber müssen ihre Anlagen registrieren und Resilienzpläne entwickeln, um gegen Störungen und Angriffe gewappnet zu sein. Diese Maßnahmen basieren auf regelmäßigen Risikoanalysen.

Das Gesetz fördert den Informationsaustausch zwischen Behörden und der EU und ermächtigt Ministerien, spezifische Anforderungen zu konkretisieren. Bei Verstößen drohen Sanktionen. Ziel des Gesetzes ist es, eine umfassende Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die sowohl die physischen als

auch digitalen Resilienzen der Infrastruktur stärkt und so die Funktionsfähigkeit des Landes auch in Krisenzeiten sichert.

Daten-Governance-Gesetz: Sachverständige sehen Nachbesserungsbedarf

Nachricht vom 29.01.2026

Der Gesetzentwurf zur nationalen Umsetzung der EU-Verordnung über europäische Daten-Governance ist bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Digitales und Staatsmodernisierung auf verhaltene Kritik gestoßen.

Sachverständige führten aus [1], dass das Gesetz zwar notwendig sei, sein Erfolg jedoch maßgeblich von Aufsichtspraxis, politischer Begleitung und späterer Evaluation abhängen.

Ziel des Vorhabens ist es, einen rechtlichen Rahmen für die Weiterverwendung geschützter Daten der öffentlichen Hand, für Datenvermittlungsdienste und für datenaltuistische Organisationen (also die freiwillige, unentgeltliche Bereitstellung von Daten für das Gemeinwohl, etwa in Gesundheit oder Umwelt) zu schaffen. Als zuständige Behörden sind die Bundesnetzagentur und das Statistische Bundesamt vorgesehen. Während die Bundesnetzagentur unter anderem Datenvermittlungsdienste beaufsichtigen soll, ist das Statistische Bundesamt als zentrale Informationsstelle für öffentliche Stellen geplant.

Mehrere Expertinnen und Experten äußerten Zweifel an der Wirksamkeit des Ansatzes. Kritisiert wurden fehlende Datenzugangspflichten, geringe Anreize für Unternehmen und eine bislang kaum spürbare Wirkung des Datenaltuismus. Teilweise sei die europäische Daten-Governance sogar kontraproduktiv, da öffentliche Stellen aus Unsicherheit eher von einer Datenbereitstellung absähen. Zugleich wurde bemängelt, dass die nationale Umsetzung zu wenig mit dem Data Act verzahnt sei und Doppelregulierungen fortbestehen.

Andere Sachverständige begrüßten den Entwurf [2] als notwendigen Schritt, um die EU-Vorgaben anwendbar zu machen. Die Zuständigkeit von Bundesnetzagentur und Statistischem Bundesamt sei sachgerecht, allerdings müssten Gebühren verhältnismäßig bleiben und die Umsetzung praxistauglich ausgestaltet werden – insbesondere für Kommunen, kleine und mittlere Unternehmen.

Einigkeit bestand darin, dass sich das Potenzial gemeinschaftlich genutzter Daten für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft nur mit ausreichenden Ressourcen, klarer Koordination und echten Anreizen nutzen lässt.

Quellen

- [1] <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1140178>
 [2] <https://dserver.bundestag.de/btd/21/035/2103544.pdf>

Wie Organisationen ihre Compliance-Funktion zukunftsfest aufstellen

Nachricht vom 29.01.2026

Regulatorische Dynamik beeinflusst die Compliance-Funktion stärker denn je: 56 Prozent der Organisationen entwickeln ihre Compliance-Strategie maßgeblich unter dem Einfluss externer und branchenspezifischer Vorgaben.

Mit „The Future of Compliance“ [1] legt Deloitte die neunte Ausgabe der seit 2017 jährlich erscheinenden Studie vor. Grundlage ist eine Online-Befragung von 335 Compliance-Verantwortlichen aus überwiegend international tätigen Organisationen. Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 24. April und dem 6. Juni 2025.

Ein zentrales Ergebnis: Die Datenschutz-Grundverordnung bleibt mit 59 Prozent der Nennungen der wichtigste strategische Treiber für Compliance – unabhängig von Branche oder Unternehmensgröße. Weitere relevante Regulierungen sind das EU-Geldwäschepaket, insbesondere im Finanzsektor, die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und der EU AI Act, dessen Bedeutung aktuell noch geringer eingeschätzt wird, aber perspektivisch deutlich zunehmen dürfte. Die Studie zeigt, dass die Fähigkeit zur systematischen Beobachtung regulatorischer Entwicklungen und zur flexiblen Anpassung von Compliance-Strukturen zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor wird.

Als faktischer Standard für die Ausgestaltung von Compliance-Management-Systemen (CMS) hat sich der IDW PS 980 n.F. etabliert: 50 Prozent der befragten Organisationen orientieren sich daran. Ergänzend werden der UN Global Compact und die ISO 37301 herangezogen. Diese Entwicklung unterstreicht den Anspruch vieler Organisa-

tionen, Compliance strukturiert, nachvollziehbar und prüfbar aufzustellen.

Auch beim Ressourceneinsatz zeigt sich ein Spannungsfeld: Während 53 Prozent der Organisationen vorhaben, Personal und Budget in den kommenden drei Jahren konstant zu halten, plant rund ein Drittel eine Erhöhung. Gleichzeitig bleibt die Compliance-Risikoanalyse das Herzstück des CMS: 74 Prozent führen sie regelmäßig durch, überwiegend jährlich. Defizite bestehen jedoch bei der Zuordnung und Überwachung von Kontrollen.

Die Studie verdeutlicht: Organisationen, die regulatorische Anforderungen frühzeitig antizipieren und strukturiert in ihre Governance integrieren, schaffen die Grundlage für rechtliche Sicherheit, nachhaltiges Handeln und langfristige Resilienz.

Quellen

- [1] <https://www.deloitte.com/de/de/services/audit-assurance/perspectives/future-of-compliance.html>

Wirtschaftsausblick 2026/27: Was für Beratung und Unternehmenspraxis zählt

Nachricht vom 29.01.2026

Die globale Konjunktur bleibt robust: Nach 3,0 Prozent Wachstum 2025 wird das Welt-BIP voraussichtlich um 2,9 Prozent (2026) und 2,8 Prozent (2027) zulegen.

Das geht aus dem [Wirtschaftsausblick 2026/27](#) [1] von Allianz Trade hervor. Für Beratungsmandate besonders relevant ist die hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber Handelskonflikten – Unternehmen haben Lieferketten angepasst, Zölle umgangen und Investitionen gezielt verlagert.

Die USA bleiben ein zentraler Wachstumsmotor, allerdings mit einer Two-Speed-Economy. Die Handelskonflikte belasten weniger als befürchtet, während Künstliche Intelligenz und der Sektor Informations- und Kommunikationstechnik mehr als die Hälfte des Wachstums tragen. Für Unternehmen bedeutet das: Technologie-, Daten- und KI-Strategien werden zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor, auch jenseits der Tech-Branche. Gleichzeitig spricht das Szenario einer früher endenden Zinssenkungsphase der Federal Reserve für vorsichtigeren Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen.

China bleibt exportseitig überraschend stark, kämpft aber mit schwacher Binnen- nachfrage und Überkapazitäten. Für internationale Unternehmen steigt damit die Bedeutung von Marktdiversifikation, Preisdruck-Management und geopolitisch resilienten Go-to-Market-Strategien. Zusätzliche staatliche Impulse ab 2026 sind nach Einschätzung von Allianz Trade wahrscheinlich.

In der Eurozone bleibt das Wachstum moderat. Deutschland erholt sich zwar, bleibt strukturell unter Potenzial, während Frankreich trotz politischer Unsicherheiten investitionsgetrieben wächst. Für Beratungen eröffnen sich hier Chancen in Transformations-, Effizienz- und Restrukturierungsprojekten. Die Europäische Zentralbank dürfte die Zinsen stabil halten, was Planungssicherheit schafft, fiskalische Spielräume aber begrenzt.

Global profitieren Unternehmen von soliden Bilanzen und von KI-Investitionen, müssen jedoch mit steigenden Insolvenzen und höherem Refinanzierungsdruck rechnen. Für Beratungsprojekte rücken daher Performance-Programme, Portfoliobereinigungen, M&A-Readiness ebenso wie Risiko- und Resilienzstrategien in den Fokus. Trotz insgesamt positiver Aussichten nehmen institutionelle, geopolitische und finanzielle Risiken zu – ein Umfeld, in dem klare Priorisierung, Szenarioplanung und belastbare Cashflows erfolgskritisch sind.

Quellen

- [1] <https://www.allianz-trade.de/wissen/wirtschafts-news/wirtschaftsausblick-2026-27-positive-aussichten.html>

Cloud-Lösungen: Mehr Flexibilität, hohe Anforderungen an den Datenschutz

Nachricht vom 28.01.2026

Cloud-Lösungen können nach Einschätzung der Bundesregierung Gesundheitseinrichtungen spürbar entlasten, sind aber kein Selbstläufer.

Das geht aus der [Antwort der Bundesregierung](#) [1] auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor.

Demnach können cloudbasierte Systeme vor allem dort punkten, wo IT flexibel und effizient bereitgestellt werden soll: Rechenleistung und Speicher lassen sich je nach Bedarf hoch- oder herunterfahren, ohne dass Kliniken oder Praxen selbst teure Infrastruk-

tur vorhalten müssen. Außerdem kann die Cloud den Datenaustausch zwischen Einrichtungen vereinfachen und neue digitale Anwendungen schneller integrierbar machen – etwa, wenn Systeme modernisiert oder zusätzliche Funktionen angebunden werden.

Gleichzeitig betont die Bundesregierung die besondere Sensibilität von Gesundheitsdaten. Wo Daten von Patientinnen und Patienten verarbeitet werden, seien die Risiken besonders hoch, beispielsweise durch unberechtigte Zugriffe. Ob Cloud-Dienste im konkreten Fall tatsächlich vorteilhaft sind, hängt laut Bundesregierung daher von den Anforderungen und der individuellen Ausgangslage des Leistungserbringenden ab.

Rechtlich ist der Rahmen in Deutschland bereits gesteckt: Das Sozialgesetzbuch V enthält Vorgaben zur Verarbeitung von Gesundheitsdaten, darunter auch spezielle Regeln für den Einsatz von Cloud-Diensten. Damit soll sichergestellt werden, dass angemessene Sicherheitsstandards eingehalten und Risiken durch unberechtigte Zugriffe geringgehalten werden.

Die Bundesregierung wählt einen Kurs, der Innovation ermöglichen, aber zugleich Sicherheit und digitale Souveränität stärken soll. Welche konkrete Infrastruktur genutzt wird und welcher Anbieter zum Zug kommt, entscheiden die Einrichtungen – innerhalb der gesetzlichen Vorgaben.

Quellen

- [1] <https://dserver.bundestag.de/btd/21/037/2103769.pdf>

Cyber bleibt größtes Geschäftsrisiko – KI rückt auf Platz zwei vor

Nachricht vom 27.01.2026

Cyber Risiken bleiben weltweit die größte Bedrohung für Unternehmen. Zum fünften Mal in Folge belegen Cybervorfälle – allen voran Ransomware-Angriffe – Platz eins im Allianz Risk Barometer.

42 Prozent der weltweit Befragten nennen Cyber als Top-Risiko – ein neuer Höchstwert. Gleichzeitig springt Künstliche Intelligenz von Rang zehn auf Platz zwei und wird von 32 Prozent der Teilnehmenden als **branchenübergreifendes Hochrisiko** [1] eingestuft.

Der starke Anstieg spiegelt die wachsende Bedeutung von KI in Wirtschaft und Gesellschaft wider – ebenso wie die Unsicherheit über Haftungsfragen, Regulierung

und Reputationsrisiken. Zwar sieht knapp die Hälfte der Befragten mehr Chancen als Risiken, doch jedes fünfte Unternehmen bewertet KI überwiegend negativ.

Betriebsunterbrechungen fallen weltweit erstmals seit Jahren aus den Top zwei heraus und landen auf Platz drei, bleiben jedoch eng mit anderen Risiken wie Cyberangriffen und geopolitischen Spannungen verknüpft.

In Deutschland zeigt sich ein ähnliches Bild mit nationalen Akzenten. Cyberattacken und Betriebsunterbrechungen behaupten erneut die Plätze eins und zwei. Neu auf Rang drei steigen Änderungen in Gesetzgebung und Regulierung ein. KI-Risiken landen auf Platz vier.

Quellen

- [1] <https://commercial.allianz.com/news-and-insights/news/allianz-risk-barometer-2026/de.html>

BSI startet zentrales Meldeportal für IT-Sicherheitsvorfälle

Nachricht vom 27.01.2026

Mit dem Inkrafttreten des NIS-2-Umsetzungsgesetzes verschärft Deutschland die Anforderungen an die IT-Sicherheit.

Rund 29.500 Unternehmen unterliegen nun neuen gesetzlichen Pflichten. Sie müssen sich als NIS-2-Einrichtungen registrieren und erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) [1] melden.

Zentrale Anlaufstelle dafür ist das neu gestartete BSI-Portal (<https://portal.bsi.bund.de/>). Der Zugang erfolgt über ein zweistufiges Verfahren: Zunächst melden sich Unternehmen über den Dienst Mein Unternehmenskonto an, anschließend folgt die Registrierung im BSI-Portal. Dort sollen künftig alle relevanten Prozesse gebündelt werden.

Technische Grundlage des Portals ist eine Cloud-Infrastruktur von Amazon Web Services. Perspektivisch soll es zu einer Informations- und Austauschplattform mit Echtzeit-Daten und aktuellen Analysen ausgebaut werden. Registrierte Nutzerinnen und Nutzer erhalten dort Hilfestellungen zu Risikoanalysen, Risikomanagementmaßnahmen, dazu aktuelle Lageberichte und IT-Sicherheitswarnungen. Auch Schwachstellen können gemeldet werden – auf Wunsch anonym.

Außerdem hat das BSI [Hinweise zur Absicherung von Anwendungen mit großen Sprachmodellen](#) [2] (Large Language Models, LLMs) veröffentlicht. Sie richtet sich an IT-Sicherheitsverantwortliche, Entwicklerinnen und Entwickler in Unternehmen und Behörden, die vortrainierte LLMs als Basismodell einsetzen. Im Fokus stehen Evasion-Attacks – auch bekannt als Prompt-Injections, Jailbreaks oder adversariale Angriffe –, bei denen Angreifende durch gezielte Eingaben Schutzmechanismen umgehen und unerwünschtes oder gefährliches Verhalten auslösen.

Das BSI warnt, dass diese Angriffe oft subtil sind und insbesondere dann ein hohes Risiko darstellen, wenn LLMs Zugriff auf sensible Daten haben oder Inhalte aus unsicheren Quellen verarbeiten. Bestehende Schutzmaßnahmen wie reines Fine-Tuning reichen oft nicht aus. Die Veröffentlichung bündelt daher praxisnahe Gegenmaßnahmen und Architekturprinzipien, die in existierenden Tools umgesetzt werden können. Eine Checkliste soll Verantwortliche Schritt für Schritt bei der Absicherung ihrer LLM-Systeme unterstützen.

Quellen

- [1] https://www.bsi.bund.de/DE/Service-Navi/Presse/Pressemitteilungen/Presse2026/260601_NIS2_BSI-Portal.html
- [2] https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/KI/Evasion-Angriffe_auf_LLMs-Gegenmassnahmen.html

Regionale Klimarisiken als Standortfaktor

Nachricht vom 26.01.2026

Der Klimawandel wird zunehmend messbar – allerdings mit deutlichen regionalen Unterschieden. Das zeigt der Klimarisikoindex, den das Institut der deutschen Wirtschaft mit der Ergo Versicherung entwickelt hat.

Grundlage ist ein Risikomodell, das die Verwundbarkeit städtischer Infrastruktur gegenüber Naturgefahren wie Sturm, Starkregen, Hitze, Dürre und Hagel bewertet. Der Index reicht von 0 (geringes Risiko) bis 10 (hohes Risiko) und bildet sowohl den aktuellen Stand als auch die Entwicklung bis 2050 ab.

Besonders stark betroffen sind Küstenregionen und Gebiete entlang großer Flüsse. Wilhelmshaven führt das bundesweite Ranking mit einem Indexwert von 5,7 an, der

bis 2050 auf 5,9 steigt. Vergleichsweise geringer fallen die Risiken im Süden Deutschlands aus. So liegt Kempten im Allgäu aktuell bei 2,8, steigt jedoch bis 2050 ebenfalls spürbar auf 3,1. Auch dort nimmt vor allem das Starkregenrisiko deutlich zu.

Deutschlandweit zählen Sturm, Starkregen und Hitzestress zu den dominierenden Klimarisiken. Sturm stellt bereits heute flächendeckend ein hohes Risiko dar und verschärft sich weiter. Starkregen betrifft schon jetzt rund jede vierte Region, insbesondere in bergigen Gebieten. Am dynamischsten entwickelt sich der Hitzestress: Bis 2050 werden nahezu alle Regionen Deutschlands deutlich stärker belastet sein.

Der **Klimarisikoindex [1]** verdeutlicht: Klimawandel ist ein lokales Risiko mit nationaler Tragweite. Ohne langfristige Szenarien, regionale Daten und ausreichende Vorsorge droht ein deutlich steigendes Schadenspotenzial.

Quellen

- [1] <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/johannes-ewald-hannokempermann-welche-regionen-besonders-vom-klimawandel-bedroht-sind.html>

Die neue Risiko-Realität – Geopolitik, KI und Klima im Stresstest

Nachricht vom 26.01.2026

Das Wirtschaftsforum in Davos 2026 war weniger eine Strategietagung als vielmehr ein Live-Stresstest: Geopolitik dominierte die Agenda, während KI als Produktivitäts- und Machtfaktor alles überlagerte. Klimarisiken rutschen zwar kurzfristig in der Priorisierung ab, stehen aber langfristig als systemische Top-Risiken weiter ganz oben.

Internationale Pressestimmen betonen die geopolitischen Spannungen, die viele Debatten auf dem Forum bestimmten. Handelskonflikte, Sanktionsdrohungen und fragile Sicherheitslagen erhöhten die politische Volatilität – mit unmittelbaren Folgen für Lieferketten, Investitionen und Kapitalmärkte. Die Nachrichtenagentur **Reuters beschreibt eine Lage [1]**, in der politische Unberechenbarkeit zu einem prägenden Merkmal geworden ist. Unternehmen können nicht mehr mit Stabilität planen, sondern mit permanenter Unsicherheit. Für das Risikomanagement bedeutet das: Szenarien statt Prognosen, Resilienz statt Effizienz.

Künstliche Intelligenz spielte in vielen Panels eine zentrale Rolle. Sie gilt als Wach-

tumstreiber und zugleich als neue Risikoklasse. Fragen nach Abhängigkeiten von wenigen Tech-Anbietern, nach Cyber- und Reputationsrisiken und nach Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte standen im Fokus. **The Guardian warnt vor einem „Job-Tsunami“ [2]**, während das **Handelsblatt die strategische Abhängigkeit Europas [3]** von US-Technologie thematisiert. Risikomanagement wird damit zur Governance-Aufgabe: Wer KI nutzt, muss sie kontrollieren können.

Obwohl Klimaschutz in Davos weniger Aufmerksamkeit erhielt als in früheren Jahren, bleibt er ein systemisches Risiko. Extremwetter, steigende Versicherungskosten und das Risiko „gestrandeter“ fossiler Vermögenswerte verschwinden nicht, nur weil andere Krisen lauter sind. **Das Magazin Time betont [4]**, dass der wirtschaftliche Abschied von fossilen Energien weniger eine moralische als eine finanzielle Notwendigkeit ist.

Fazit: Davos 2026 markiert einen Wendepunkt. Risiken sind strategische Kernthemen. Zukunftsfähigkeit sichern bedeutet, geopolitische Brüche zu berücksichtigen, Leitplanken für KI zu setzen und Klimarisiken nicht zu vertagen.

Quellen

- [1] <https://www.reuters.com/business/davos/five-takeaways-davos-2026-2026-01-23/>
 [2] <https://www.theguardian.com/technology/2026/jan/23/ai-tsunami-labour-market-youth-employment-says-head-of-imf-davos>
 [3] <https://www.handelsblatt.com/technik/ki-briefing/ki-briefing-was-davos-ueber-ki-macht-und-abhaengigkeit-verraet/100193807.html>
 [4] <https://time.com/7353478/davos-climate-leadership-end-fossil-fuel-era/>

Von Einzelrisiken zu systemischer Resilienz

Nachricht vom 23.01.2026

Die größte Bedrohung sind nicht einzelne Krisen, sondern ihre Gleichzeitigkeit und enge Verflechtung. Das ist die zentrale Botschaft des Global Risks Report 2026 des World Economic Forum.

Der **Bericht [1]** beschreibt eine Welt wachsender Unsicherheit, in der Risiken sich gegenseitig verstärken und klassische Formen der Gefahrenabwehr an ihre Grenzen stoßen. Gefordert ist ein Risikomanagement, das systemisch denkt, vorausschauend plant und strategisch anpassungsfähig bleibt.

Kurzfristig bestimmt vor allem die ökonomische Konfrontation das globale Risiko-

umfeld. Handelsrestriktionen, Sanktionen, Investitionskontrollen und politisch instrumentalisierte Lieferketten erhöhen die Volatilität für Staaten und Unternehmen. Verlässliche Handelsbeziehungen und multilaterale Regeln verlieren an Tragfähigkeit. Resiliente Lieferketten, Diversifikation und geopolitische Szenarien werden damit zu zentralen Steuerungsgrößen.

Zugleich nehmen ökonomische Risiken weiter zu. Konjunkturelle Abschwünge, Inflationsdruck und mögliche Vermögenspreisblasen treffen auf hohe öffentliche und private Verschuldung. Die Folge ist eine wachsende systemische Fragilität, die integrierte Finanz- und Stressanalysen zwingend erforderlich macht.

Besonders dynamisch entwickeln sich technologische Risiken. Desinformation und Cyberangriffe zählen kurzfristig zu den größten Bedrohungen. Langfristig rücken die negativen Folgen Künstlicher Intelligenz in den Vordergrund – von Vertrauensverlusten und Arbeitsmarktverwerfungen bis hin zu sicherheitspolitischen Risiken automatisierter Entscheidungen.

Umweltrisiken verlieren kurzfristig an Aufmerksamkeit, bleiben langfristig jedoch die folgenreichsten. Der Bericht warnt eindringlich vor strategischen Blindstellen bei Klima-, Naturkatastrophen- und Infrastrukturrisiken.

Quellen

- [1] <https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2026/>

Unternehmen setzen auf Sicherheit statt Tempo

Nachricht vom 22.01.2026

Unternehmen meinen es ernst mit dem Einsatz Künstlicher Intelligenz und wollen dabei Risiken vermeiden..

Statt schneller Kundenerlebnisse steht Absicherung im Fokus. Das geht aus dem monatlichen KI-Stimmungsbarometer des Technologie- und Beratungsunternehmens Expleo hervor.

Der Reifegrad der KI-Strategien zeigt sich besonders deutlich in den geplanten Investitionen für 2026. In Deutschland nennen 35 Prozent der Führungskräfte Cybersicherheit als Top-Priorität. Dahinter folgen Automatisierung (29 Prozent), Datenanalyse (25 Prozent) und KI-gestützte Entscheidungsfindung (23 Prozent). Die Kundenerfahrung

(20 Prozent) und das Risikomanagement (17 Prozent) rutschen weiter nach hinten.

Das Top-Management sorgt für Governance und Stabilität, das mittlere Management für Effizienz und Automatisierung, die operative Ebene liefert die Use Cases, fasst Expleo die Ergebnisse zusammen. KI werde dort erfolgreich eingesetzt werden können, wo dieser Dialog funktioniert.

Das KI-Stimmungsbarometer bezieht Unternehmen in Deutschland, Frankreich und UK ein. Pro Land werden 200 Führungskräfte befragt. Die Teilnehmenden stammen aus Branchen wie IT, Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Handel, Ingenieurwesen, Transport und Logistik.

Strengere Kreditbedingungen und neue ESG-Anforderungen

Nachricht vom 21.01.2026

Die Lage am Markt für Unternehmenskredite ist angespannt. Die Nachfrage nach Krediten blieb auch im vierten Quartal 2025 schwach, berichtet KfW Research.

Lediglich Großunternehmen verzeichnen ein spürbares Plus bei Kreditverhandlungen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) hingegen halten sich weiter zurück und stoßen zunehmend auf verschärfte Kreditbedingungen.

Die schwache Konjunktur wirkt weiterhin als zentraler Bremsfaktor. Zwar haben sinkende Kreditzinsen im Jahresverlauf temporär Entlastung gebracht. Doch mit dem Auslaufen des geldpolitischen Lockerungskurses verpuffen diese Impulse. Die Hoffnung auf eine Nachfragebelebung verlagert sich zunehmend auf die erwartete wirtschaftliche Aufhellung im Jahr 2026.

Besonders kritisch ist die Entwicklung beim [Kreditzugang](#) [1]. Mehr als jedes dritte KMU berichtet inzwischen von Einschränkungen bei der Kreditaufnahme. Banken reagieren damit auf strukturelle Probleme, schwache Ertragslagen und erhöhte Ausfallrisiken, insbesondere im Mittelstand. Aus Risikosicht ist diese Vorsicht nachvollziehbar, verstärkt jedoch die Gefahr eines negativen Kreislaufs aus Investitionszurückhaltung und konjunktureller Schwäche.

Ein weiterer Trend: Auch wenn ESG-Aspekte bislang nur in rund 15 Prozent der Kreditgespräche mit KMU explizit thematisiert werden, steigen die Anforderungen. Hintergrund sind verschärfte Vorgaben an das Risikomanagement der Banken, unter

anderem durch Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, die eine systematische Berücksichtigung von [ESG-Risiken](#) [2] verlangen. Selbst mögliche Erleichterungen durch das europäische Omnibus-Paket ändern daran wenig.

Quellen

- [1] <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Service/Download-Center/Konzernthemen/Research/Indikatoren/KfW-ifo-Kredith%C3%BCrde/>
 [2] https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_876928.html

Mit KI und modernen Tools zu wirksameren Untersuchungen

Nachricht vom 07.01.2026

Interne Untersuchungen gehören heute zum Alltag – ob durch Hinweise nach dem Hinweisgeberschutzgesetz, Auffälligkeiten in Daten oder externe Erwartungen von Behörden und Öffentlichkeit. Gefragt ist schnelle, saubere und belastbare Aufklärung.

In vielen Unternehmen laufen Untersuchungen jedoch noch mit Excel-Listen, E-Mail-Postfächern und verstreuten Dokumenten. Das kostet Zeit, erschwert Transparenz und erhöht das Fehlerrisiko. Moderne digitale Tools verändern dieses Bild grundlegend – und geben der Internen Revision neue Schlagkraft.

Hinweisgebersysteme ermöglichen anonyme, verschlüsselte Meldungen und ein strukturiertes Case Management. Datenanalysen und KI-gestützte Dashboards helfen der Revision, Auffälligkeiten proaktiv zu erkennen – etwa ungewöhnliche Zahlungsströme, manipulierte Belege oder verdächtige Lieferantenstrukturen. Aus reaktiver Aufklärung wird datenbasierte Früherkennung.

Spezialisierte Fact-Finding-Tools verknüpfen Vorwürfe, Personen, Dokumente und Untersuchungsschritte intelligent miteinander. Statt mühsamer Abstimmungen in Meetings sieht das Revisionsteam auf einen Blick: Was wissen wir? Was fehlt noch? Wer bearbeitet welchen Task? KI unterstützt zusätzlich bei der Analyse großer E-Mail-Bestände, der Zusammenfassung von Dokumenten oder der Identifikation relevanter Zusammenhänge. Die Bewertung bleibt jedoch Aufgabe erfahrener Revisorinnen und Revisoren.

Einen ausführlichen Beitrag zu diesem Thema lesen Sie in der [Zeitschrift Interne Revision \(ZIR\)](#) [1].

Quellen

- [1] <https://zirdigital.de/ce/interne-untersuchungen-digital-und-effizient/detail.html>